

Jüdische Gemeinde Karlsruhe: Erhöhung Personal- und Sachkostenzuschuss
 Interfraktioneller Antrag: KAL-Die Partei, FW|FÜR
 Antrag: Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe

Seite HH-Plan	Produktgruppe	Kontierungsobjekt		Plankonto/FiPo
254	1 114-500			
Aufwand (in Euro)				
2024	2025	2026	2027	2028
43.045	43.045	43.045	43.045	43.045
Wählen Sie ein Element aus				
2024	2025	2026	2027	2028

Das Land Baden-Württemberg stellt mit der Erhöhung des Zuschusses „Soforthilfe Ukraine“ auf 1,3 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre Mittel für die Stadt bereit, um die städtische Pflichtaufgabe „Beratung und Betreuung von Geflüchteten in der Anschlussunterbringung“ umzusetzen. Aktuell bereitet die Verwaltung ein Interessensbekundungsverfahren für Träger vor. Die Jüdische Kultusgemeinde kann ihr Interesse anmelden.

Für bestehende Zuschüsse gibt es die Möglichkeit, beim Büro für Integration Anträge auf Dynamisierung von Personal- und Mietkosten zu stellen.

Auf Grund der dargestellten aktuellen Finanzlage und der erwarteten finanziellen Entwicklung sowie der deutlichen Erhöhung der Landesmittel kann eine Ausweitung der Aufwendungen und Zuschüsse in den Bereichen der „freiwilligen Leistungen“ und „Pflichtaufgaben ohne Weisung“ im Doppelhaushaltsplan 2024/2025 aus Sicht der Verwaltung nicht erfolgen.

Die Verwaltung empfiehlt vor diesem Hintergrund, den Antrag abzulehnen.